

Christoph Bezemek  
Harald Eberhard  
Christoph Grabenwarter  
Michael Holoubek  
Georg Lienbacher  
Michael Potacs  
Erich Vranes

# Europäisches und öffentliches Wirtschafts- recht I

11. Auflage

2016

Lehrbuch

 VERLAG  
 ÖSTERREICH

# Inhaltsverzeichnis

## Lektion 1

Innerstaatliches Organisationsrecht.....	1
I. Die Staatsgewalt .....	4
II. Die drei Gebietskörperschaften.....	5
A. Bund.....	5
B. Länder.....	5
C. Gemeinden .....	6
III. Verfassungsrechtliche Grundlagen.....	7
A. Die österreichische Bundesverfassung .....	7
1. Allgemeines .....	7
2. Grundprinzipien der österreichischen Bundes- verfassung.....	8
3. Staatszielbestimmungen und Gesetzesaufträge .....	20
4. Die soziale Marktwirtschaft.....	22
5. Landesverfassungen .....	23
B. Einfache Gesetze.....	23
C. Stufenbau der Rechtsordnung .....	24
IV. Gesetzgebung.....	26
A. Bundesgesetzgebung.....	26
B. Gesetzgebung der Länder .....	28
V. Vollziehung .....	30
A. Wer handelt, wenn der Staat handelt? .....	30
1. Organe, Organwalterinnen und Organwalter .....	30
2. Behörden .....	31
3. Kollegialorgane (-behörden) – monokratische Organe (Behörden) .....	31
B. Vollziehung: Gerichtsbarkeit und Verwaltung .....	31
1. Gerichtsbarkeit.....	31
2. Verwaltung.....	34
C. Die Akte der Vollziehung .....	39
1. Die Akte der Gerichtsbarkeit .....	40
2. Die Akte der Verwaltung .....	40
D. Rechtsschutz bei der Vollziehung .....	41

## Lektion 2

Organisationsrecht der EU.....	45
I. Was ist die EU?.....	48

A.	Die Ursprünge der Europäischen Union – die drei Gemeinschaften (EGKS, EAG, EWG).....	48
B.	Die Weiterentwicklung der Europäischen Union .....	49
1.	Vom Maastrichter Vertrag bis zum Vertrag über eine Verfassung für Europa .....	49
2.	Vertrag von Lissabon 2007 .....	51
3.	Die räumliche Ausdehnung der EU.....	53
II.	Wie ist die EU aufgebaut?.....	55
A.	Die EU.....	55
B.	Die GASP.....	56
C.	Die EAG .....	57
III.	Was ist Supranationalität?.....	58
IV.	Welche Institutionen gibt es in der EU?.....	59
A.	Der Europäische Rat .....	59
B.	Der Rat .....	60
C.	Das Europäische Parlament .....	61
D.	Die Europäische Kommission.....	62
E.	Der Gerichtshof der Europäischen Union .....	63
F.	Die Europäische Zentralbank.....	64
G.	Der Europäische Rechnungshof.....	65
H.	Sonstige Institutionen .....	65
1.	Die Europäische Investitionsbank .....	65
2.	Der Wirtschafts- und Sozialausschuss .....	65
3.	Der Ausschuss der Regionen.....	65
4.	Der Europäische Bürgerbeauftragte .....	66
5.	Ämter und Agenturen der Europäischen Union .....	66
I.	Die Rolle der nationalen Parlamente .....	67
V.	Wann darf die EU tätig werden?.....	68
VI.	Welche EU-Rechtsvorschriften gibt es und wer vollzieht sie?.....	70
A.	Primäres Unionsrecht .....	70
B.	Abgeleitetes Unionsrecht.....	71
1.	Welche abgeleiteten Unionsrechtsakte gibt es?.....	71
2.	Rechtsakte mit und ohne Gesetzgebungscharakter; tertiäres Unionsrecht.....	74
3.	Inkrafttreten von Rechtsakten.....	77
C.	Die Vollziehung von Unionsrecht .....	78
VII.	Wodurch zeichnet sich das Unionsrecht aus? .....	79
A.	Unionsrecht gilt autonom und unmittelbar .....	79
B.	Das Unionsrecht ist in den Mitgliedstaaten unmittelbar anwendbar .....	81
C.	Das Unionsrecht hat Vorrang .....	82

## Lektion 3

<b>Grundrechte der Wirtschaft .....</b>	<b>87</b>
I.    Allgemeines zu den Grundrechten.....	90
A.    Was sind Grundrechte? .....	90
B.    Wo sind die Grundrechte geregelt? .....	91
C.    Welche Grundrechte gibt es? .....	93
D.    Wen verpflichten die Grundrechte? .....	94
1.    Bindung der einfachen Gesetzgebung.....	94
2.    Bindung der Verwaltung und Gerichtsbarkeit .....	95
3.    Fiskalgeltung der Grundrechte .....	95
4.    Mittelbare Wirkung zwischen Privatpersonen („Drittwirkung“).....	95
E.    Wen berechtigen die Grundrechte? .....	96
F.    Wer überwacht die Einhaltung der Grundrechte? .....	97
II.   Die Erwerbsfreiheit .....	99
A.    Schutzbereich der Erwerbsfreiheit und Eingriffe.....	99
1.    Schutzbereich der Erwerbsfreiheit .....	99
2.    Eingriffe in die Erwerbsfreiheit .....	99
B.    Bindung der Gesetzgebung .....	101
1.    Gesetzesvorbehalt .....	101
2.    Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .....	102
C.    Bindung der Vollziehung .....	106
III.  Die Eigentumsfreiheit.....	108
A.    Schutzbereich und Eigentumseingriffe .....	108
1.    Schutzbereich .....	108
2.    Eigentumseingriffe.....	109
B.    Bindung der Gesetzgebung.....	110
1.    Gesetzesvorbehalt – Verhältnismäßigkeit.....	110
2.    Verbot unverhältnismäßiger Enteignungen.....	110
3.    Verbot unverhältnismäßiger Eigentums- beschränkungen .....	111
4.    Gebot der Entschädigung.....	111
C.    Bindung der Vollziehung .....	112
IV.   Der Gleichheitssatz.....	113
A.    Rechtsquellen .....	113
B.    Bindung der Gesetzgebung.....	114
1.    Verbot, Gleiches unsachlicherwise ungleich zu regeln .....	114
2.    Verbot, Ungleiches unsachlicherwise gleich zu regeln .....	115
3.    Allgemeines Sachlichkeitsgebot .....	115
4.    Vertrauensschutz .....	116

C.	Bindung der Vollziehung.....	117
V.	Verfahrensgrundrechte.....	119
A.	Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter (Art 83 Abs 2 B-VG) .....	119
1.	Bindung der Gesetzgebung.....	119
2.	Bindung der Vollziehung.....	120
3.	Der EuGH als gesetzlicher Richter.....	120
B.	Recht auf ein faires Verfahren (Art 6 EMRK und Art 47 GRC) .....	120
1.	Anwendungsbereich des Art 6 EMRK .....	121
2.	Gewährleistungsumfang .....	121
C.	Weitere Verfahrensgrundrechte .....	122
VI.	Der VfGH als Hüter der Bundesverfassung .....	123
A.	Einleitung.....	123
B.	Zuständigkeit .....	123
C.	Organisation .....	124
1.	Mitglieder (Art 147 B-VG) .....	124
2.	Spruchkörper .....	125
D.	Ausgewählte Verfahrensarten.....	125
1.	Verordnungs- und Gesetzesprüfungsverfahren (Art 139 u 140 B-VG).....	125
2.	Erkenntnisbeschwerde (Art 144 B-VG).....	129

#### Lektion 4

<b>Binnenmarktrecht</b> .....	<b>133</b>
I. Die Grundfreiheiten des Binnenmarktes.....	137
II. Regelungsanliegen der Grundfreiheiten .....	139
A. Diskriminierungsverbot.....	139
B. Beschränkungsverbot.....	141
C. Rechtsangleichung („Harmonisierung“) .....	142
III. Warenverkehrsfreiheit.....	146
A. Der Schutzbereich im Überblick.....	146
B. Zollunion.....	147
C. Die Beseitigung mengenmäßiger Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung zwischen den Mitgliedstaaten .....	148
1. Verpflichtung der Mitgliedstaaten.....	148
2. Ausnahmen und Rechtfertigungsgründe.....	152
IV. Arbeitnehmerfreizügigkeit .....	157
A. Schutzbereich.....	157
B. Ausnahmen vom Schutzbereich .....	162

C.	Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot .....	162
V.	Niederlassungsfreiheit .....	167
VI.	Dienstleistungsfreiheit .....	172
VII.	Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit .....	176
VIII.	Unionsbürgerschaft und Freizügigkeit .....	179

## Lektion 5

Europäisches Wettbewerbsrecht .....	185
I. Warum gibt es überhaupt Wettbewerbsregeln? .....	188
II. Das Kartellverbot .....	191
A. Einleitung .....	191
B. Die Kartellmerkmale .....	192
1. Vereinbarungen und abgestimmte Verhaltensweisen zwischen Unternehmen sowie Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen .....	192
2. Bezweckung oder Bewirkung einer spürbaren Wettbewerbsbeschränkung und spürbare Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten .....	194
3. Kartellvereinbarungen sind ungültig (Art 101 Abs 2 AEUV) .....	196
C. Ausnahmen vom Kartellverbot (Art 101 Abs 3 AEUV) .....	197
III. Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung .....	201
A. Allgemeines .....	201
B. Was ist der relevante Markt? .....	201
1. Der sachlich relevante Markt (= Produktmarkt) .....	201
2. Der örtlich relevante Markt .....	202
C. Wann liegt eine marktbeherrschende Stellung vor? .....	203
D. Wann liegt ein Missbrauch vor .....	203
1. Behinderungsmissbrauch .....	204
2. Ausbeutungsmissbrauch .....	204
IV. Das Verfahren zur Abstellung von Kartellen und des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung .....	206
V. Fusionskontrolle .....	211
A. Allgemeines .....	211
B. Unionsweite Bedeutung .....	212
C. Genehmigungsverfahren und materielle Prüfung .....	213
VI. Verbot staatlicher Beihilfen .....	215

A.	Das grundsätzliche Beihilfeverbot (Art 107 Abs 1 AEUV) .....	215
B.	Ausnahmen vom Beihilfeverbot (Art 107 Abs 2 und 3 AEUV).....	217
C.	Das Verfahren der Beihilfeaufsicht .....	218
1.	Melde- und Genehmigungspflicht .....	218
2.	Möglichkeit der Untersagung bestehender Beihilfen ...	219
3.	Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Kom- mission.....	219
VII.	Wettbewerbsregeln für öffentliche, privilegierte und mit gemeinwirtschaftlichen Aufgaben betraute Unternehmen .....	220

## Lektion 6

Gewerbeamt	225
I. Die Gewerbeordnung 1994 – Was regelt sie und worauf zielt sie ab?	228
II. Für welche Tätigkeiten gilt die GewO?	229
A. Gewerbmäßigkeit	229
1. Selbständigkeit	229
2. Regelmäßigkeit	230
3. Ertragsabsicht	230
B. Keine verbotene Tätigkeit	231
C. Ausnahmen	232
III. Welche Gewerbearten gibt es?	234
A. Reglementierte Gewerbe, Teilgewerbe und freie Gewerbe	234
B. Anmeldungspflichtige und sensible Gewerbe	236
C. Gewerbeausübung als Industriebetrieb	238
IV. Unter welchen Voraussetzungen darf ein Gewerbe ausgeübt werden?	240
A. Die allgemeinen Voraussetzungen	240
1. Gewerberechtliche Handlungsfähigkeit	240
2. Unbescholtenheit	240
3. Österreichische bzw gleichgestellte Staats- bürgerschaft oder legaler Aufenthalt im Inland	241
B. Die besonderen Voraussetzungen	242
1. Befähigungsnachweis	243
2. Zuverlässigkeit	244
3. Weitere Bedingungen	244

V.	Wozu und wen ermächtigen Gewerbe- berechtigungen? .....	246
A.	Umfang der Gewerbeberechtigung .....	246
1.	Allgemeines .....	246
2.	Nebenrechte .....	246
3.	Für welchen örtlichen Bereich gelten Gewerbeberechtigungen? .....	249
B.	Wen berechtigen Gewerbeberechtigungen? .....	249
C.	Der gewerberechtliche Geschäftsführer .....	249
VI.	Wann erlöschen Gewerbeberechtigungen? .....	251
VII.	Die Zuständigkeit im Gewerberecht .....	252

## Lektion 7

<b>Betriebsanlagenrecht und Baurecht</b> .....	<b>255</b>
I. Das Betriebsanlagenrecht .....	258
A. Grundsätzliches .....	258
B. Die gewerbliche Betriebsanlage .....	258
1. Ortsgebundenheit .....	259
2. Regelmäßigkeit .....	259
3. Gewerbliche Tätigkeit .....	259
II. Wann ist eine Betriebsanlage genehmigungs- pflichtig? .....	260
A. „Normalanlagen“ .....	260
B. IPPC-Betriebsanlagen (§ 77a GewO) .....	260
C. Seveso III-Betriebsanlagen (§§ 84a ff GewO) .....	261
D. „Bagatellanlagen“ (§ 359b GewO) .....	261
E. Nicht genehmigungspflichtige Betriebsanlagen .....	262
III. Das Genehmigungsverfahren .....	263
A. Allgemeines .....	263
B. Genehmigungskriterien .....	264
1. Gefährdung von Leben, Gesundheit und Eigentum (§ 77 iVm § 74 Abs 2 Z 1 GewO) .....	264
2. Belästigungen der Nachbarn (§ 77 iVm § 74 Abs 2 Z 2 GewO) .....	265
3. Beeinträchtigung öffentlicher Interessen (§ 77 iVm § 74 Abs 2 Z 3-4 GewO) .....	265
4. Nachteilige Einwirkungen auf Gewässer (§ 77 iVm § 74 Abs 2 Z 5 GewO) .....	266
5. Luftschadstoffe (§ 77 Abs 3 GewO) .....	266
6. Abfall (§ 77 Abs 4 GewO) .....	267



7.	Besondere Genehmigungskriterien bei IPPC-Anlagen (§ 77a GewO) .....	267
IV.	Auflagen .....	269
A.	Auflagen dürfen das Projekt nicht in seinem Wesen verändern .....	269
B.	Bestimmtheit .....	270
C.	Geeignetheit .....	270
D.	Erforderlichkeit .....	270
E.	Behördliche Erzwingbarkeit .....	271
V.	Betrieb der Anlage während anhängiger Beschwerdeverfahren .....	272
VI.	Nachträgliche Änderungen von Betriebsanlagen .....	273
A.	Änderung der Betriebsanlage auf Initiative von Gewerbetreibenden (§ 81 GewO) .....	273
B.	Änderung der Betriebsanlage aufgrund behördlicher Anordnung (§§ 79, 79b GewO) .....	273
C.	Sanierungskonzept (§ 79 Abs 3 und 4 GewO) .....	274
VII.	Überwachung von Betriebsanlagen .....	275
A.	Überwachung durch den Anlagenbetreiber .....	275
B.	Überwachung durch die Behörde .....	275
VIII.	Die Zuständigkeit im Betriebsanlagenrecht .....	277
IX.	Das Baurecht .....	278
A.	Regelungsgegenstand .....	278
B.	Kategorien von Bauvorhaben .....	278
1.	Bewilligungspflichtige Bauvorhaben .....	279
2.	Anzeigepflichtige Bauvorhaben .....	279
3.	Freie Bauvorhaben .....	279
C.	Verfahren/Zuständigkeit .....	279
X.	Raumordnungsrecht .....	281
A.	Regelungsgegenstand .....	281
B.	Flächenwidmungsplan und gewerbliche Betriebsanlagen .....	281
1.	Funktion des Flächenwidmungsplans und Widmungskategorien .....	282
2.	Verfahren zur Erlassung eines Flächenwidmungsplans .....	283
3.	Prüfung der Einhaltung der Flächenwidmung .....	283

## Lektion 8

Verwaltungsverfahren und nationaler Rechtsschutz .....	287
I. Verfahrensrecht und materielles Recht .....	291

II.	Das Verfahren vor der Verwaltungsbehörde.....	292
A.	Die Zuständigkeit .....	292
1.	Allgemeines .....	292
2.	Zuständigkeit im Betriebsanlagenverfahren .....	293
B.	Die Parteistellung.....	293
1.	Allgemeines .....	293
2.	Akteneinsicht .....	296
3.	Parteistellung im Betriebsanlagenverfahren.....	297
C.	Der Ablauf des Verwaltungsverfahrens .....	298
1.	Einleitung des Verfahrens .....	298
2.	Das Ermittlungsverfahren .....	299
3.	Die Erledigung des Verfahrens: Der Bescheid .....	306
4.	Exkurs: Akte unmittelbarer verwaltungs- behördlicher Befehls- und Zwangsgewalt (AuvBZ) .....	315
5.	Zustellung und Fristen .....	315
III.	Rechtsschutz.....	317
A.	Rechtsstaatsprinzip und Rechtsschutz.....	318
B.	Die Rechtsschutzeinrichtungen.....	319
1.	Mittelbare Bundesverwaltung.....	320
2.	Unmittelbare Bundesverwaltung.....	321
3.	Landesverwaltung.....	321
4.	Gemeindeverwaltung.....	322
5.	Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte.....	323
C.	Die Berufung an die übergeordnete Gemeinde- behörde.....	323
1.	Berufungslegitimation und Berufungsfrist .....	324
2.	Form und Inhalt der Berufung .....	324
3.	Entscheidung über die Berufung .....	325
D.	Die Beschwerde an das Verwaltungsgericht .....	328
1.	Beschwerdelegitimation und Beschwerdefrist.....	329
2.	Form und Inhalt der Beschwerde .....	329
3.	Entscheidung über die Beschwerde.....	331
IV.	Die Verwaltungsgerichte und der Verwaltungs- gerichtshof .....	335
A.	Das Verfahren vor den Verwaltungsgerichten.....	335
1.	Organisation.....	335
2.	Zuständigkeit.....	335
3.	Verfahrensrechtliche Besonderheiten.....	336
B.	Der Verwaltungsgerichtshof .....	337
C.	Vorabentscheidungsverfahren.....	338

Exkurs

Systembildung im Wirtschaftsrecht .....	343
I.    Erfordernis rechtswissenschaftlicher Systembildung ...	345
II.   Die klassische Systembildung im Wirtschaftsrecht .....	347
A.   Wirtschaftsverfassungsrecht und unterverfassungsgesetzliches Wirtschaftsrecht .....	347
B.   Wirtschaftsverwaltungsrecht und Wirtschafts- justizrecht.....	348
1.   Vollzugszuständigkeiten von Gerichten und Verwaltungsbehörden .....	348
2.   ... und die Unterscheidung von privatem und öffentlichem Wirtschaftsrecht .....	348
C.   Wirtschaftsverwaltungsrecht als Wirtschafts- ordnungs-, Wirtschaftslenkungs- und Wirtschaftsaufsichtsrecht .....	349
1.   Ordnungskriterien für die Systembildung im Wirtschaftsverwaltungsrecht.....	349
2.   Wirtschaftsordnungsrecht.....	350
3.   Wirtschaftslenkungsrecht .....	352
4.   Wirtschaftsaufsichtsrecht.....	353
III.  Die Systembildung im Wirtschaftsrecht im Lichte neuerer Entwicklungen .....	356
A.   Das Wirtschaftsverfassungsrecht als europäisches Wirtschaftsverfassungsrecht.....	356
B.   Die Erosion der herkömmlichen Kategorien des Wirtschaftsverwaltungsrechts .....	358